

Kermit: Wer screent da wen?

hlz 10-11 / 2013, S. 18f

Sehr geehrte Frau Benzing, in Ihrem Antwortschreiben zu unserer Stellungnahme zur Kermit 2 – Untersuchung (s. hlz 8-9, S. 18) bemerken Sie, dass alles doch vielleicht ein Missverständnis sei. Die Kermit – Untersuchungen dienen in erster Linie der Unterrichts- und Schulentwicklung. Darüber hinaus können sie Hinweise auf individuelle Förderbedarfe liefern (Stichwort „Screening“!). Ferner listen Sie auf, dass eine große Anzahl hochkompetenter Menschen an der Entwicklung beteiligt war und in diesem Zusammenhang von „dilettantischer Testerei“ zu sprechen nicht angemessen sei. Ich stimme Ihnen selbstkritisch zu. Dieser Begriff ist nicht exakt, bezogen auf das, was den eigentlichen Kern unserer Kritik beinhaltet, nämlich den Zweck und die Anwendungszusammenhänge. Nachdem unsere kurze, kleine Stellungnahme in der Gewerkschaftszeitung erschien, war ich sehr überrascht über die Resonanz, die sie erzeugt hat. Kolleg_innen aus anderen Grundschulen berichteten mir, dass die beschriebenen Erfahrungen mit der Darbietungsform von Kermit 2 in ihren Schulen ähnlich waren. Kinder wirkten frustriert und gestresst oder fingen sogar an zu weinen, verließen enttäuscht den Klassenraum während der Durchführung etc. Hier scheint ein „wunder Punkt“ zu sein, den die Testentwickler trotz (oder gerade wegen) der Beachtung der Testgütekriterien und trotz beteiligter Hochkompetenz nicht einfach ignorieren dürfen.

Er verweist generell auf eine Problematik des Einsatzes komplexer, standardisierter und normorientierter Verfahren im Rahmen diagnostischer Fragestellungen. Standardisierte, normorientierte Schulleistungstests „vermischen“ individuelle Bedingungen des Lernens und lassen indirekte Schlussfolgerungen im Sinne eines Vergleichs zu. Inwieweit so gewonnene Daten helfen, Unterrichtsentwicklung zu „verbessern“, bleibt meiner Ansicht nach spekulativ. Sind doch gerade die individuellen Bedingungen der Lernenden in konkreten schulischen Kontexten das wichtigste Kriterium.

Nach Jahrzehnten intensiver Textkritik liegen sie aktuell leider mit Kermit 2 voll im Trend – national und international.

Eine Kultur des Messens, Wiegens, Vergleichens, Sortierens nimmt zunehmend mehr Raum in unseren Schulen ein. Kermit 2 ist nur ein weiteres Puzzle-Teil. Es wird vermehrt „gemessen“, statt die Bedingungen für Unterricht zu verbessern. Der (wahre) Kermit würde, in Anlehnung an das lustige Layout der letzten hlz-Ausgabe, zu Miss Piggy sagen: „Gnädige Sau, Sie werden auch in diesem Schuljahr nochmals nur mehrfach gewogen, leider wieder nicht gefüttert!“

ULRICH MEISTER
Grundschule Bramfeld

Die Flüchtlingsfrage

hlz 10-11/13, S. 42

Die Flüchtlingsströme aus Afrika wollen einfach nicht abreißen. Wen wundert es, zeichnen doch Europas Politik und Kapital und die USA auf dem gesamten Globus für jede

Menge Fluchtgründe von zig Millionen Menschen verantwortlich. Die Menschen, die die Grenzen der „Festung Europas“ trotzdem überwinden, werden schnell – so sie den offiziellen Antragsweg gehen – und rechtlich einwandfrei wieder dorthin, wo sie hergekommen sind, abgeschoben. Dank zahlreicher „Anpassungen“ wird man die unerwünschten Flüchtlinge, die „nichts nützen“, rasch wieder los.

Die Behandlung der Flüchtlinge ruft in Europa etliche Kritiker auf den Plan. Es kommt zu Demonstrationen, u. a. in Hamburg. Breiter Protest regt sich. Unmittelbare Hilfe – Obdach und Essen – für diejenigen der Flüchtlinge wird organisiert, die es bis hierher geschafft haben. Für Schutz vor dem Zugriff derjenigen Staatsmacht versucht man zu sorgen, die sie am liebsten sofort wieder in die Elendsregionen transportieren will, aus denen sie unter Einsatz ihres Lebens geflohen sind.

Nicht nachvollziehbar ist, dass fast alle Proteste unter dem Haupttenor „Kein Mensch ist illegal“ stehen. Das ist faktisch eine Einmischung in jene Flüchtlingspolitik, die die Protestierer zugleich als „menschenverachtendes“ Staatshandeln kritisieren und vor der sie Flüchtlinge mit ihren Protesten schützen wollen. Sie wenden sich an den Rechtsstaat, der mit seinem Asylrecht Fakten schafft, die ganz klar dafür stehen, dass hiesige Politik hier kein Schutzwahl für Hilfsbedürftige sein will. Der mit seinem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz klarlegt, dass selbst so etwas wie der Aufenthalt auf einem kleinen Stück Erde in erster Linie eine Sache der staatlichen

Genehmigung ist. [...]

Zu überlegen wäre:

- Ist es richtig, dass überfüllte Boote der Grund für das Massensterben im Mittelmeer sind?
- Die Politik spricht von einem „humanitären Problem“. Geht sie nicht am Wesen der Sache vorbei?
- Gibt es nicht hinreichend Produktionsmittel und Technologien, um die Menschheit auch in Schwarzafrika satt zu bekommen?
- Was hat das Rechtsinstitut des Privateigentums mit dem Elend in Afrika zu tun?
- Welche Folgen hat die in diesen ärmlichen Verhältnissen bis in den hinterletzten Winkel des Globus durchgesetzte Geldwirtschaft?
- Lag der alte Theoretiker vor über hundert Jahren nicht richtig mit seiner Analyse: „Je größer ... diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die ... Übervölkerung.“ (Marx, Bd. 23, 673)

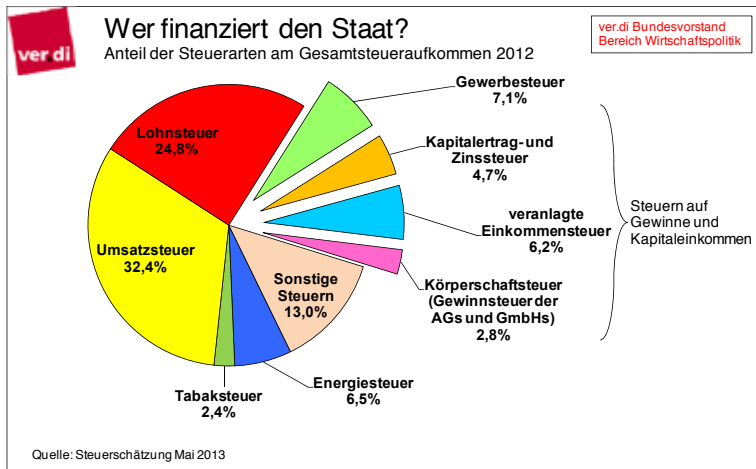
F. BERNHARDT

Schluss mit Leiden

Wenn die Schüler_innen an vier von fünf Tagen bis 16 Uhr in der Schule sind, soll es nach Auffassung der Grünen an Gymnasien in Hamburg keine Hausaufgaben mehr geben. Voraussetzung ist, dass die Schulkonferenz dies beschließt.

Gerangel um Schlupfloch

Die umstrittene Änderung des Schulgesetzes, wonach Vorschulkinder künftig nicht mehr bevorzugt an der Wunsch-Grundschule aufgenommen werden sollen, hat im Schulausschuss für einen Eklat zwischen Opposition und SPD gesorgt. Grund für die Auseinandersetzung: Nach Ansicht der Fraktionen von CDU, Grü-



Damit zu Weihnachten kein schlechtes Gewissen aufkommt: Entgegen des von interessierter Seite immer wieder eingebrachten Arguments, dass es die Reichen seien, die fast die gesamte Steuerlast trügen, hier dann doch eine etwas relativierende Betrachtung, vermittelt durch die Zahlen, die das Bundesfinanzministerium nennt. Weder leben wir also auf Kosten der Reichen noch trägt in diesem Land einer des anderen Last. (JG)

nen und FDP weigert sich der Senat, Eltern von Vorschüler_innen einen Vertrauensschutz zu gewähren, die ihr Kind nach der bestehenden Gesetzeslage zum Schuljahr 2013/2014 an einer Grundschule eingeschult haben. Die SPD wirft der CDU vor, sie wolle Kinder aus der Kita gegenüber Kindern aus der Vorschule benachteiligen.

Der Hintergrund: Bislang konnten Eltern über die Anmeldung ihrer Kinder an der Vorschule ihrer Wahl verhindern, dass ihr Kind rein schulortbezogen einer Grundschule zugewiesen wird. Diese wohl bildungsnahen Eltern wollen nicht das Risiko eingehen, dass ihre Kinder gezwungen werden auf Schulen zu gehen, an denen durch die Zusammensetzung der Klassen – spricht einem großen Anteil Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern – die Entwicklung der eigenen Kinder eingeschränkt sein könnte.

Billige Arbeitskräfte

Arbeitgeber setzen Azubis zunehmend als volle Kraft ein, die Betriebe sparen so immer mehr Geld. Das ist das Ergebnis einer

kleinen Anfrage der Linken an die Bundesregierung.

Danach werden Auszubildende immer früher und stärker für produktive Tätigkeiten eingesetzt. Auf diese Weise tragen Lehrlinge die Kosten ihrer Ausbildung verstärkt selbst. So erwirtschafteten sie 2007 im Schnitt rund 11.700 Euro - und damit 48 Prozent mehr als im Jahr 2000. Die reinen Personalkosten lagen den verfügbaren Daten zufolge zuletzt bei gut 9500 Euro. Zieht man die Gesamtkosten heran, die durchschnittlich für Auszubildende aufgewendet werden - also auch die Ausgaben für Ausbilder und Sachkosten -, dann erwirtschaften die Jugendlichen inzwischen durchschnittlich 77 Prozent ihrer Ausbildungskosten selbst.

Sanierungsstau

Größter Posten beim Hamburger Sanierungsstau sind nach jüngsten Angaben des Rechnungshofes die maroden Schulen: Allein drei Milliarden Euro setzen die Hamburger Rechnungsprüfer dafür an. Zusätzlich sind 800 Millionen für die Sanierung der Universitäten fällig.